

# Wo Ostwestfalen vergreist

Neue Studie: Zahl jüngerer Erwerbstätiger schrumpft rasanter als angenommen

VON JAN RÖBEMANN

■ Gütersloh. Der deutsche Arbeitsmarkt verändert sich drastisch: In einigen Regionen Deutschlands wird sich die Zahl junger Erwerbstätiger schon in den kommenden fünf Jahren halbieren. Auch Ostwestfalen-Lippe ist stark betroffen. Laut einer jetzt veröffentlichten Analyse der Bertelsmann-Stiftung müssen vor allem mittelständische Firmen auf ältere Arbeitnehmer setzen – und mehr für ihr Personal ausgeben.

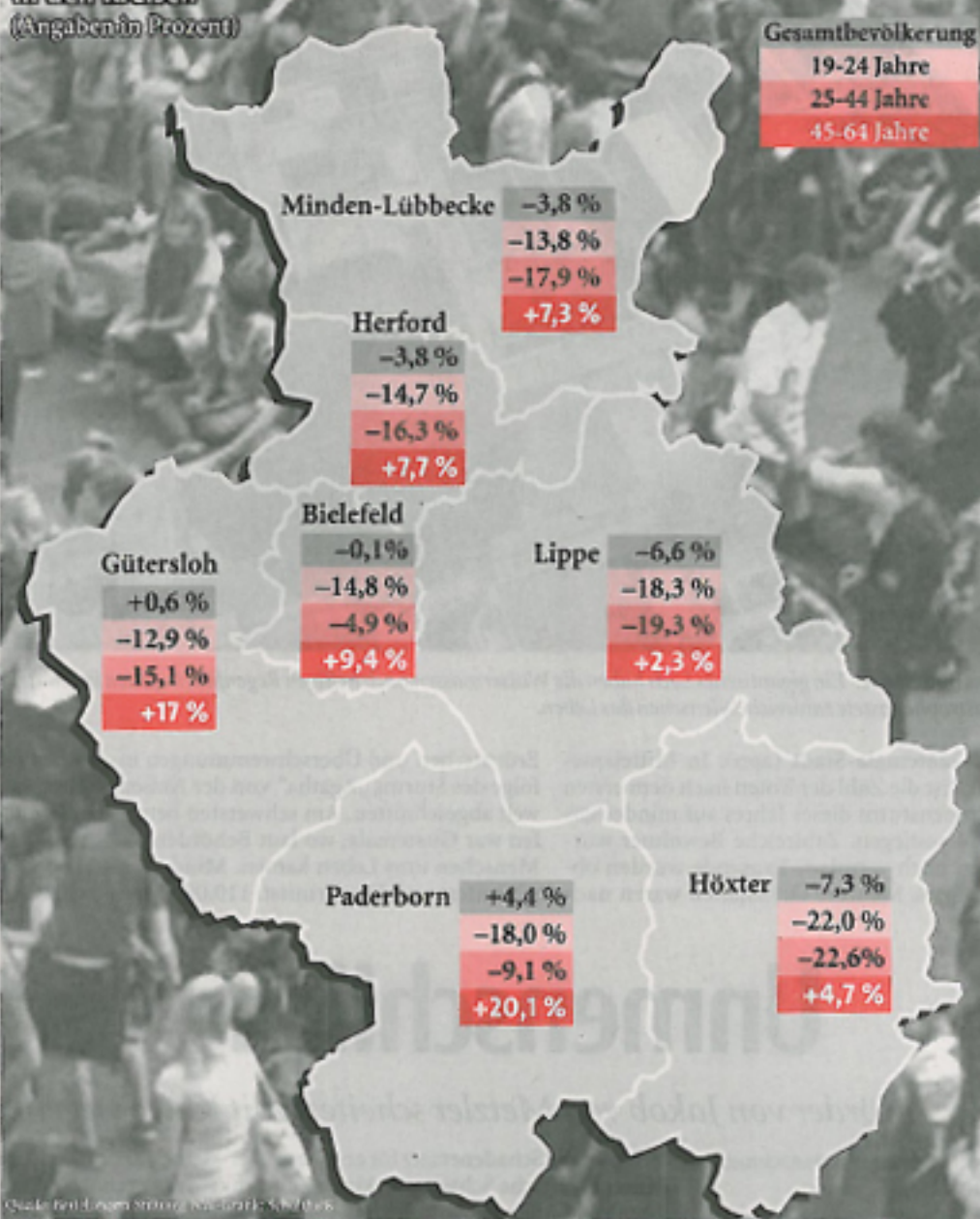
Die Alterung der deutschen Gesellschaft wird den Jobmarkt schneller und tiefgreifender revolutionieren als erwartet. Bereits in den kommenden 15 Jahren müssen Arbeitgeber mit einem Einbruch in den Ausbildungsjahrgängen rechnen. Die Gruppe der Arbeitnehmer unter 45 sinkt demnach im Vergleich zu 2006 um rund 1,4 Millionen, während die Zahl der älteren Erwerbstätigen um 3,7 Millionen wächst.

Auch in Ostwestfalen wird die Gruppe der Berufsanfänger dramatisch schrumpfen. So geht die Zahl der 19- bis 24-Jährigen im Regierungsbezirk Detmold von 2006 bis 2025 um 16 Prozent zurück und die Zahl der 25- bis 44-Jährigen um etwa 14 Prozent. Besonders stark ist der Kreis Höxter betroffen. Hier nimmt die Zahl der 19- bis 24-Jährigen um 22 Prozent ab. Am geringsten sind die Veränderungen bei den Berufseinsteigern im OWL-Vergleich im Kreis Gütersloh. Doch auch in der Dalkestadt und Umgebung soll es 2025 rund 13 Prozent weniger Menschen dieser Altersklasse geben.

Die Zahl der 45- bis 64-Jährigen hingegen nimmt in Ostwestfalen in den kommenden 15 Jahren um zehn Prozent zu. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Kreisen markant. Im Kreis Paderborn wird es 2015 mehr als 20 Prozent mehr ältere Erwerbstätige geben, im Kreis Lippe nur etwa zwei Prozent.

„Es wird wesentlich schwieriger für deutsche Unternehmen, Nachwuchs zu rekrutieren“, sagt Carsten Große Starmann, der die Studie für die Bertelsmann-Stiftung betreut hat, gegenüber dieser Zeitung. „Dass viele Unternehmen weiterhin überwiegend kostengünstigere, junge Arbeitskräfte einstellen, wird nicht mehr langfristig funktionieren.“ Die Betriebe werden zwangsläufig auch auf ältere, meist teurere Mitarbeiter setzen müssen. Große Starmanns Ap-

## Entwicklung der Altersgruppen in OWL bezogen auf die potentiell Erwerbstätigen im Zeitraum 2006 bis 2025 in den Kreisen (Angaben in Prozent)



pel: Die Firmenleitungen sollten sich in Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen vor Ort darum kümmern, dass ihre Arbeitnehmer lange gesundheitlich und intellektuell fit bleiben. Das gelte besonders für kleine und mittelständische Unterneh-

kommen den fünf Jahren fast halbieren. Zwar gibt es auch im Westen Regionen, die der demographische Wandel besonders hart trifft – vor allem im Saarland und in Teilen von Rheinland-Pfalz. Doch die größten Verlierer unter den Bundeslän-

Prozent), Rheinland-Pfalz (minus 19 Prozent), Bremen (minus 18 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (minus 17 Prozent). Weniger betroffen sind Bayern, Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg mit jeweils minus 14 Prozent sowie Niedersachsen (minus 13) und Schleswig-Holstein (minus 8).

Grund für den starken Rückgang bei den jungen Erwerbsfähigen ist laut Große Starmann ein „Geburtenknick“ in den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung. Ab Mitte der 90er Jahre stiegen die Geburtenzahlen dann wieder. Als Folge geht die Zahl der 19- bis 24-Jährigen bis 2025 um rund 1,2 Millionen zurück – und nimmt dann wieder leicht zu.

Carsten Große Starmann: „Aber so viele Junge wie jetzt wird es nicht mehr geben.“

### »Es wird wesentlich schwieriger, Nachwuchs zu rekrutieren«

men, wie sie in OWL verbreitet sind. Denn viele größere Firmen haben laut Große Starmann die Brisanz bereits erkannt und ihre Personalpolitik angepasst.

Besonders hart trifft es die neuen Bundesländer. Mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg wird sich in Deutschlands Osten die Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen bereits in den

dem in der Altersgruppe der 19- bis 24-Jährigen bis zum Jahr 2025 sind Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit jeweils minus 48 Prozent, gefolgt von Thüringen (minus 46 Prozent), Sachsen (minus 42 Prozent) und Brandenburg (minus 39 Prozent). Im Mittelfeld liegen Berlin (minus 27 Prozent), das Saarland (minus 26